

II-982 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XI. Gesetzgebungsperiode

26.1.1968

479/J

A n f r a g e

der Abgeordneten H a b e r l , Dr. B r o d a und Genossen
an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie,
betreffend Entzug befristeter Führerscheine.

-.-.-.-

In Fällen, in denen KFZ-Führerscheine auf befristete Zeit ausgestellt werden und ihre Verlängerung an eine Untersuchung durch den Amtsarzt gebunden ist, kommt es immer wieder vor, daß die KFZ-Besitzer diese Frist versäumen und dann gezwungen werden, eine neuerliche Führerscheinprüfung abzulegen, da ihnen der abgelaufene Führerschein entzogen wird. Eine solche Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen führt zweifellos zu unbilligen Härten, da Personen, denen der Führerschein durch die Behörden wegen eines Deliktes entzogen wird, die Lenkerberechtigung in der Regel wieder ohne Neuabliegung einer Prüfung zurück erhalten.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie die nachstehende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, die Möglichkeit einer Evidenthaltung der Ablauffristen von Amts wegen, wie sie auch auf anderen Rechtsgebieten üblich ist, oder die Möglichkeit einer Änderung der Rechtslage für diese Fälle zu überprüfen?

-.-.-.-